

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

15 (19.1.1931) Erwerbslosen-Tribüne

Schärfer zupacken, keine Rücksicht üben!

Das Rezept der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“

„Da muß wesentlich schärfer zugepackt werden, ohne Rücksicht auf die Waffe und ihre Stimmung.“ So schrieb am 1. Juli 1930 die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“. Sie meint damit die Arbeitslosenversicherung und die ihr viel zu weit geht. Sie wünscht im Interesse der von ihr vertretenen Arbeitgeber:

„Auch die Arbeitslosenversicherung muß sich zu dem Grundsatze durchringen, daß sie nur dort hilft, wo ihre Hilfe notwendig ist. Davon sind wir aber heute trotz aller Reformversuche noch weit entfernt.“

Ist die Arbeitslosenversicherung nun wirklich zu hoch? Ein Arbeitsloser mit Frau und 1 Kind, dessen wöchentliche Arbeitslosenunterstützung 18,53 Mt. beträgt und der einen Wohlfahrtszuschuß von 5 Mt. wöchentlich erhält, gab uns folgende Aufstellung seiner Einnahmen und Ausgaben:

Einnahmen:	
Arbeitslosenunterstützung	18,53 Mt.
Wohlfahrtsunterstützung	5 „
Andere Einnahmen	— „
Summe	23,53 Mt.
Ausgaben:	
A. Nahrungsmittel:	
8 Pfund Brot	1,48 Mt.
10 Pfund Kartoffeln	0,45 „
7 Liter Milch	2,54 „
3 Pfund Zucker	1,02 „
1/2 Pfd. Rindfleisch	— „
(inkl. 50 Pf. Knochen)	1,82 „
1 Pfund Schellfisch	0,45 „
15 Stück Bräunchen	0,60 „
Gemüse	1 „
Speck, Schmalz und Schmalz	1,90 „
7mal Abendbrot	— „
à 30 Pf.	2,10 „
1/2 Pfund Kakao	0,80 „
1 Pfund Malzstoffee	0,56 „
1 Pfund Margarine	0,90 „
Salz, Pfeffer, Essig, Tafelöl u. dgl.	0,50 „
	16,02 Mt.
B. Haushaltsartikel:	
1 Zentner Brei	1,40 Mt.
1 Bund Holz	0,49 „
20 Gasmunten	1,60 „
Elektrisches Licht	0,50 „
Schneur, Näh- und Stopfmaschinen	1 „
	4,90 „
C. Kleidung u. Schuhe:	
1 Körperpflege: Seife, Zahnpulver u. dgl.	2 „
E. Miete (monatlich 16,81 Mt.) pro Woche rund	4 „
Summe	29,92 Mt.

Die fehlenden 6 Mt. werden im Augenblick noch durch frühere Ersparnisse gedeckt. Aber wie lange noch und es heißt: der Hungerriemen muß noch enger geschnallt werden!

Die Redaktion der „Arbeitgeber-Zeitung“ sollte einmal versuchen, genau so zu leben, wie unser Arbeitsloser. Mit 23,53 Mt. für drei Personen! Nur ein paar Monate! Sind die Herrschaften dazu bereit, so wollen wir ihnen gerne das Vergnügen gönnen, sich im übrigen die Zeit zu vertreiben mit Defamation der Stempelwerke der badischen Vaterländischen Verbände:

„Was tun die Arbeitslosen? Die Stempel führen sie. So gibt's auch ohne Arbeit Geld und Pfäfer wie nie!“

Diese Verhöhnung der Arbeitslosen entspricht so niedriger Gefinnung, daß es weiterer Anpreisung der so „dickenden“ sogenannten Vaterländischen nicht bedarf. Man vergleiche mit dem Ruf nach härterer Zupacken und mit den gedanklosen „vater-

ländischen“ Stempelwerken folgendes Inserat in einem bürgerlichen Fachblatt:

„Welcher Baumeister auf Wand oder Steinmaße stellt mich als Techniker ein. Bin 47 Jahre alt, ledig, zuletzt acht Jahre in einer Stellung gewesen. An Gehalt würde ich die Woche 14 Mt. beanspruchen, ohne Abzug, nebst Frühstück, Mittag- und Abendbrot sowie einfache Schlafgelegenheit. Vom Frühjahr bis Oktober würde ich, außer als Maurer mitarbeiten und den Chef stets nach Feierabend unentgeltlich im Büro unterstützen.“

So verliert ein Arbeitsloser, der keinen Rückhalt in einer Arbeiterorganisation hat, mit dem letzten Schimmer von Solidarität seine Menschenwürde. Er leidet nur noch eines: Arbeit um jeden Preis. Die Vaterländischen aber dichten: „Geld und Pfäfer wie nie...“

Wißt ihr davon?

Die meisten Leute fragen: Was tut denn ein Arbeitsloser? Und doch ist die Lauererei nach Arbeit, wenn man den ganzen Tag zu Fuß von Haustür zu Haustür kippelt und in den Büros herumsteht, kein Vergnügen. Obwohl man weiß, daß man keine Arbeit bekommt, rennt man doch immer wieder hinaus. Eine ungewisse Tage, eine Furcht vor etwas Schrecklichem, ein Alp, der bischwer auf dem ganzen Menschen lastet, man kann sagen, die Angst vor dem Wahnsinn ist es, die immer hinausstreift.

Man fängt an zu basteln, zu flicken, Sachen zu fabrizieren, die keinen Wert haben, nur um die aufsteigende Hebelkeit und ein gewisses Schamgefühl zu unterdrücken. Zweifel an der eigenen Kraft und an eigenen Kräften fliegen auf. Ehemaligen Freunden und Bekannten geht man aus dem Wege, als wenn man gebrechelt wäre. Am liebsten wärmt man sich an den Händen, weil es einem klammert, doch auch unter feilliches Glanz schon nach außen sichtbar ist.

Um sich in die Lage eines Arbeitslosen richtig hineinzuversetzen, dazu gehört Mut. Kein Außenstehender kann das. Welche Gedanken und Pläne durchwühlen das Hirn? Da wird entworfen und verworfen. Und immer wieder Neues, immer wieder durchdacht. Nur nicht an das Elend denken! Brot, Brot, Brot, Krieg, Revolution, Unglücke, Totenzahlen, technische Neuerungen usw., alles wird berechnet, hin- und hergeschoben, bis ein Ausweg aus der Arbeitslosigkeit gefunden wird. Ist er gefunden, so wird schnell ein neuer Versuch, bis auch dieser gelungen ist und auf den Stempel wandert mit dem Schilde „Hirngespinnste“. Man zweifelt an der eigenen Qualität.

Die körperlichen Einschränkungen will ich gern tragen. Es wird eben nicht früher gehen, ehe nicht der Magen richtig ruert. Dann schmeckt trocken Brot auch. Kräfte sammeln kommt aber dabei nicht in Frage. Diejenigen, die auf die Arbeitslosen mit Fingern zeigen und ihnen die paar Pfennige Unterstützung nicht gönnen, mögen es selbst mal versuchen, aus nichts etwas zu machen. Allen denen wünsche ich nur Bewirtlichung des in ihren Kreisen oft geäußerten Wunsches: „Wenn ich doch auch mal arbeitslos sein könnte.“

Vor Ablehnung der Arbeit über den Lohn erkundigen!

Es ist Elekter und sollte in Lauter im Erregte Arbeit annehmen. Das Arbeitsamt (als Vermittler) teilte ihm mit, daß der Tariflohn 49 Pf. betrage. Das ist jedoch nur der Tariflohn für einen 17- bis 19-jährigen Metallarbeiter in Chemnitz, und es stand durchaus nicht fest, daß der Tariflohn in

Bauten ebenso hoch ist. Er verweigerte deshalb die Arbeitsaufnahme, weil ihm der Lohn zu niedrig war. Sein Vater, der ihn vertrat, erklärte, daß es unmöglich sei, einen jungen Menschen zu diesem Tariflohn hoch zu schicken, da er sich mit diesem Lohn nicht ernähren und Logis bezahlen könne. Die verhängte Sperre für 6 Wochen wurde auf 3 Wochen ermäßigt. Der Spruchauschuss berücksichtigte, daß er bei dem angebotenen Lohn von 49 Pf. die Arbeit hätte ablehnen können. Jedoch hat er versehen, sich zunächst zu erkundigen, ob er überhaupt nur 49 Pf. bekommt oder ob nicht ein anderer Tarif für Elekter maßgebend ist, der vielleicht höher ist. Ihm wurde aber für die Zukunft aufgegeben, wenn er eine Arbeitsstelle angeboten bekommen, zunächst bei dem betreffenden Unternehmer festzustellen, was er an Lohn bekommen soll.

Herr von Corswant,

Fideikommissbesitzer in Cuxhove, Kreis Oesingswald, Post Darmin, Eisenbahnstation Oesingswald oder Zillow in Pommern, Mitglied der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, übermittelt uns folgende

Berichtigung:

In der „Erwerbslosen-Tribüne“ werden in bezug auf meine Person folgende Behauptungen aufgestellt:

1. Ich hätte jährlich 40.000 Mt. für meine persönlichen Bedürfnisse verbraucht.
2. Ich wäre ein „Großverdiener“.
3. Ich hätte zugegeben, für mich persönlich jährlich 40.000 Mt. verbraucht zu haben.

Diese Behauptungen sind un wahr. Wahr ist vielmehr:

Zu 1.: Daß ich niemals 40.000 Mt. oder auch annähernd eine so große Summe für meine persönlichen Bedürfnisse verbrauch habe.

Zu 2.: Daß ich seit einer Reihe von Jahren nicht nur nichts verdient habe, sondern Betriebskapital habe borgen müssen.

Zu 3.: Daß ich niemals, weder im Pommerschen Provinzial-Landtag noch sonst wo zugegeben habe, in einem einzigen Jahre 40.000 Mt. für meine persönlichen Bedürfnisse verbraucht zu haben.

So Herr von Corswant, der also erklärt, für seine „persönlichen“ Bedürfnisse in einem einzigen Jahre keine 40.000 Mt. verbraucht zu haben. Wir nehmen davon mit gebührendem Respekt Kenntnis, bemerken aber, daß v. Corswant nicht berichtigt, was wir in bezug auf die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern auf seinem Gute feststellten. Darauf aber kommt es an. Die privaten Verhältnisse des Herrn hätten uns gar nicht interessiert, würde er nicht zu denjenigen gehören, die zur gleichen Zeit, wo in Deutschland Zehntausende deutscher Landarbeiter beschäftigungslos waren, ausländische Arbeiter beschäftigte, die billiger als deutsche Arbeiter sind. Was um so bemerkenswerter ist, als Herr von Corswant führendes Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist, also in höherem Grade als jeder andere seiner Standesgenossen zur Beschäftigung deutscher Arbeiter gegen Zahlung auskömmlicher Löhne bei vorbildlichen Arbeitsverhältnissen verpflichtet ist.

Im übrigen: Herr von Corswant hat uns mit einer Brotschüre über die „Zinsnachschuß des Volkstapitals“ bedacht. Wie wäre es, wenn er eine Schrift über „Die Lohnnechtschaft polnischer Arbeiter bei deutschen Gutseignern“ liefern ließe? Er dieses sich Gegenwärtig nicht mindestens so schuldig liefern können wie eine Phantasie über „Währung und Wirtschaft im völkischen Zukunftsstaat“.

Erwerbslosen-Tribüne

Informationsorgan für Erwerbslose

Hilfe den Arbeitslosen!

Wo steht die Sozialdemokratie?

Eine Flut von Verteilungen ergießt sich über die klaffenbewusste deutsche Arbeiterklasse und ihre politische Vertretung, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Besonders beliebt ist es, sich in der Maste eines Arbeiter-„freundes“ hinzustellen und vom Vertreter der Sozialdemokratie an den Arbeitern zu brüllen. Prinzen, Barone, Freiherren, Generale und Admirale a. D. in Gemeinschaft mit mehr oder minder reichen Unternehmern sind plötzlich den Worten nach die „edelfsten“ Freunde der deutschen Arbeiterklasse geworden.

Aus allem hören wir nur den Wunsch: „Feinde der Arbeiter, vereinigt euch!“ Parole: „Teile und herrsche!“

Mit Bortiebe wird versucht, den Arbeitslosen auszuspielen gegen den heute noch in Arbeit stehenden Arbeiter, den Unorganisierten gegen den Organisierten, den Minder- gegen den Besserbezahlten. Diesen Treiben begegnen wir mit dem Ruf:

„Arbeiter, vereinigt euch! Vereinigt euch in dem Bewußtsein, daß die organisierte Kraft der Arbeiter allein es ist, die ihr Macht und Geltung geben kann.“

Wir erwarten das Heil nicht von den ehemaligen und jetzigen Herrenmenschen mit oder ohne Arbeitstitel.

Darum gilt uns Sozialdemokraten als ihr gefährlichster Gegner ihr wildester Haß.

Mehr als 4 Millionen Erwerbslose bedeuten für die Sozialdemokratie Anspannung aller Kräfte, um zu heißen, soweit es unter dem kapitalistischen System und bei schwerster Weltwirtschaftskrise überhaupt möglich ist. Wir Sozialdemokraten verzichten auf die löbliche Phrase, weil sie nicht befreit und nicht hilft. In ununterbrochener Kleinarbeit schufen wir trotz des Gebelfers der Arbeiterfeinde Möglichkeit

um Möglichkeit zur Eindämmung der Not der Arbeitslosen.

Die Sozialdemokratie war in allen Volksovertretungen der Nachkriegszeit in der Minderheit. Durch eine bodenlose Agitationspolitik schalteten sich die Kommunisten von der Mitarbeit aus eigenem Willen zum Schaden der Arbeitslosen aus.

Die Sorge um die Arbeitslosen blieb allein den Sozialdemokraten überlassen.

Die vielfach gegen eine geschlossene Front der Bürgerblockparteien, die bis zu den Nationalsozialisten reichte, um jede Verbesserung erbittert gegen die haben.

In Anbetracht der Umstände dürfen wir Sozialdemokraten stolz sein auf die Erfolge unserer zähen, dornenvollen Arbeit im Interesse der Erwerbslosen. Die einem Teil der Arbeitslosen besonders gefährlichen Bestimmungen der Notverordnung vom Juli 1930 sind auf das entschlossene Drängen der Sozialdemokraten abgeändert worden. Den jugendlichen Arbeitern ist der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung wiedergegeben und die Anwartschaft auf die erhöhten Sätze der Unterstützung wesentlich erleichtert worden. Die Arbeitslosen sind ebenso wie die Kriegsbeschädigten und Fürsorgeunterstützten von der Bürgersteuer wie von den Kranken- und Arzneygebühren befreit.

Auch in den Ländern sind die Bestrebungen zur Arbeitsbeschaffung überall dort mit größter Energie in Angriff genommen worden, wo Sozialdemokraten irgendwie mit zu entscheiden haben. So hat z. B. der kleine Staat Hessen allein über 12 Millionen Mark für Arbeitsbeschaffung ausgeworfen.

Auch in den Kommunalverbänden wird ununterbrochen von Sozialdemokraten im Interesse der Arbeitslosen wichtige Kleinarbeit geleistet. In der Mittelstadt Minden i. W. wurde nach ununterbrochenem Kampf der Sozialdemokraten die Ausgesteuertenfürsorge vervierfacht, die Beträge im Stadthaushalt für Kartoffel- und Brennstoffversorgung, Poststandsleistungen und Schulleistungen wurden bis zu 200 Proz. erhöht. Das ist nur ein Beispiel von vielen!

Dazu kommt, daß in den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen die Solidarität mit den Erwerbslosen besonders lebendig ist. Hat doch z. B. der „Gesamtverband“ allein für eine einmalige Weihnachtunterstützung den Betrag von 1 Million Mark zur Verfügung gestellt. Diese freiwilligen Summen für die Arbeitslosen gehen insgesamt monatlich in die Millionen.

Für diese Taten beantragen die Sozialdemokraten keinen Dank.

Für sie ist Solidarität Selbstverständlichkeit. Wortlos bewelsen sie, daß die so viel geschmähten „Arbeitervertreter“ weit mehr für die Arbeitslosen taten und tun, als alle Maulhelden, die angeblich ein so warmes Herz für die Not der Erwerbslosen haben.

Jedem Arbeitslosen sei zugerufen, daß eine entscheidende Besserung seiner Lage nur erreicht werden kann, wenn auch er sich einordnet in das große Heer der in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter, die erkannt haben, daß durchgreifende Besserung der Zustände nur durch die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsordnung geschaffen werden kann. An den Erwerbslosen liegt es, die Front zu schließen, Mitglieder und Mitkämpfer zu werden in ihrem eigenen Interesse und im Interesse ihrer Arbeitsbrüder.

Was will die Sozialdemokratie?

Immer wieder behaupten neu- und altbackene Arbeiter, "Freunde", daß die Sozialdemokratie den Arbeitslosen "nicht helfen will".

Das ist niederträchtige Lüge. In ihrem auf dem Heidelberger Parteitag 1925 beschlossenen Aktionsprogramm („Das Heidelberger Programm.“) zu beziehen durch jede sozialdemokratische Arbeiterbuchhandlung) heißt es:

Im Kampfe gegen das kapitalistische System fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.

Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.

Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts.

Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.

Förderung des Siedlungswezens.

Abbau des Schutzzollsystems durch langfristige Handelsverträge zur Herstellung des freien Güterauslaufes und des wirtschaftlichen Zusammenchlusses der Nationen.

Ausbau der Betriebe des Reiches, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter Vermeidung der Bürokratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften und gemeinnützigen Unternehmungen.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, öffentlich-rechtliche Gestaltung des Mietrechts, Bekämpfung des Bauwuchers.

Im offiziellen Kommentar zu diesen programmatischen Forderungen heißt es:

Damit in Verbindung steht das Problem, jedem, der arbeiten will, Arbeit zu verschaffen. Die sozialistische Gesellschaft wird die Arbeit zur Pflicht machen für alle, die geistig und körperlich dazu fähig sind. Stellen wir alle Arbeitskräfte in den Dienst produktiven Schaffens, dann schalten wir damit die Lendenz der kapitalistischen Produktionsweise aus, die sich auf eine rücksichtslose Ausnutzung der Arbeitskraft des einzelnen stützt. So kamen wir bisher zu einem ständigen Heer von Arbeitslosen, die im günstigen Fall einer dürftigen Fürsorge über-wiesen werden. Die sozialistische Gesellschaft will die Produktion för-

dern, indem sie allen Arbeits-gelegenheit bietet und das Maß der Arbeitsleistung nach dem gesellschaftlich notwendigen bemißt. Unter dieser Voraussetzung genügt der Achtstundentag, ja, es wird eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit eintreten, da, alle Arbeitskräfte in den Dienst gestellt, die gesellschaftlich notwendige Arbeitsleistung in einer kürzeren Tagesarbeit bewältigt wird.

Die Sozialdemokratie nimmt nicht nur kein Wort ihres Programms zurück, sondern sie hat erst jetzt dem Reichstag eine ganze Reihe neuer Forderungen überwiesen, die sämtlich der Verwirklichung vorstehender Programmziele dienen sollen. Im Rahmen des politisch Möglichen und der ihr durch die Arbeiterorganisationen und durch die Wahlen gegebenen Macht tut die Sozialdemokratie alles, was möglich ist, um dem gesteckten Ziele näherzukommen.

Es ist unhaltbar, daß noch heute ein Teil der Arbeiterklasse über ihre Kräfte hinaus angepannt, im Produktionsprozeß in mehr als achtstündiger

Arbeitszeit tätig ist, während auf der anderen Seite Millionen Erwerbsloser keine Gelegenheit finden, ihre Arbeitskraft und ihre Arbeitsfähigkeit auszunutzen. Das ist

die Folge der Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Unhaltbarkeit dieses Wirtschaftssystems muß mehr noch als bisher in die Herzen und Hirne des Arbeitenden und des arbeitslosen Volkes eingehämmert werden. Politische und wirtschaftliche Macht zur Aenderung dieses Zustandes ist zu schaffen durch organisatorischen Zusammenschluß. Gerade die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Arbeitslosen, müssen als ihre vornehmste Pflicht betrachten, zur Stärkung dieser Arbeiterorganisationen, vor allem der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei beizutragen. Geht keinem Organisationszerpflücker auf den Keim!

Die Zersetzung der Sozialdemokratischen Partei ist klar, ihre Verwirklichung unerlässlich. Es gilt, die Kräfte zu schaffen, die diese Ziele in die befriedende Tat umzusetzen stark genug sind.

Was Beining ändern mußte

„Auf Befehl der Sozialdemokratie!“

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte die „Deutsche Mittelstandszeitung“, das Organ der durch den Justizminister Dr. Bredt in der Reichsregierung vertretenen gewesenen Wirtschaftspartei, die neue, zugunsten der Minderbemittelten, insbesondere der Arbeitslosen abgeänderte Notverordnung. Sie klagt darüber, daß den Minderbemittelten viel zu weitgehende Zugeständnisse gemacht wurden.

Sie kann nicht verwinden, daß die Arzneigeühr und die Kranken-scheinegebühr für die Vermittler, () für Erwerbslose, wieder aufgehoben worden sind.

Ein allgemeines Wehklagen hat begonnen, daß etwa 18 000 jugendlichen Erwerbslosen zwischen 16 und 17 Jahren der Unterfügungsanspruch in Höhe von insgesamt etwa 4 Millionen Mark wiederum verschafft

Der Marktschreier der Reaktion



„Männchen Jugenberg, von deinem Theater werden wir nicht satt!“

wurde. Ja, man klagt sogar darüber, daß nunmehr der Arbeitslose nicht mehr durch verkürzte Erwerbslosenunterstützung befristet werden kann, wenn der Arbeitgeber sträflicherweise nur einen Teil der Arbeitslosenversicherungsbeiträge abführt. Weiter ist die Stufung der Unterfügungssätze nach der Dauer der verpflichtenden Beschäftigung den vereinigten Reaktionen sehr unangenehm. Die vollen Sätze der Arbeitslosenversicherung kann bereits jeder

Arbeitslose erhalten, der in den letzten 2 Jahren (statt früher 18 Monate) vor dem ersten Arbeitslosensatz die auf den Erwerb der Apparität folgende, mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat.

Vor allem aber lamentieren die Reaktionen darüber, daß

die Arbeitslosen nunmehr von der Bürgersteuer befreit sind. Dieser sozialdemokratische Erfolg

ist um so wertvoller, als beispielsweise die angeblich so arbeiterfreundlichen Nazis in Thüringen rücksichtslos die Bekämpfung der Kapitalsteuer auch von Arbeitslosen betrieben.

Das Geschrei der Reaktionen ist uns Sozialdemokraten lieblichstes Konzert. Wir wissen, daß die Rückgritter immer helfen, wenn es der Sozialdemokratie gelingt, die Interessen der Arbeit-nnehmer gegenüber der besitzenden Klasse durchzusetzen.

Neuregelung der Krisenfürsorge

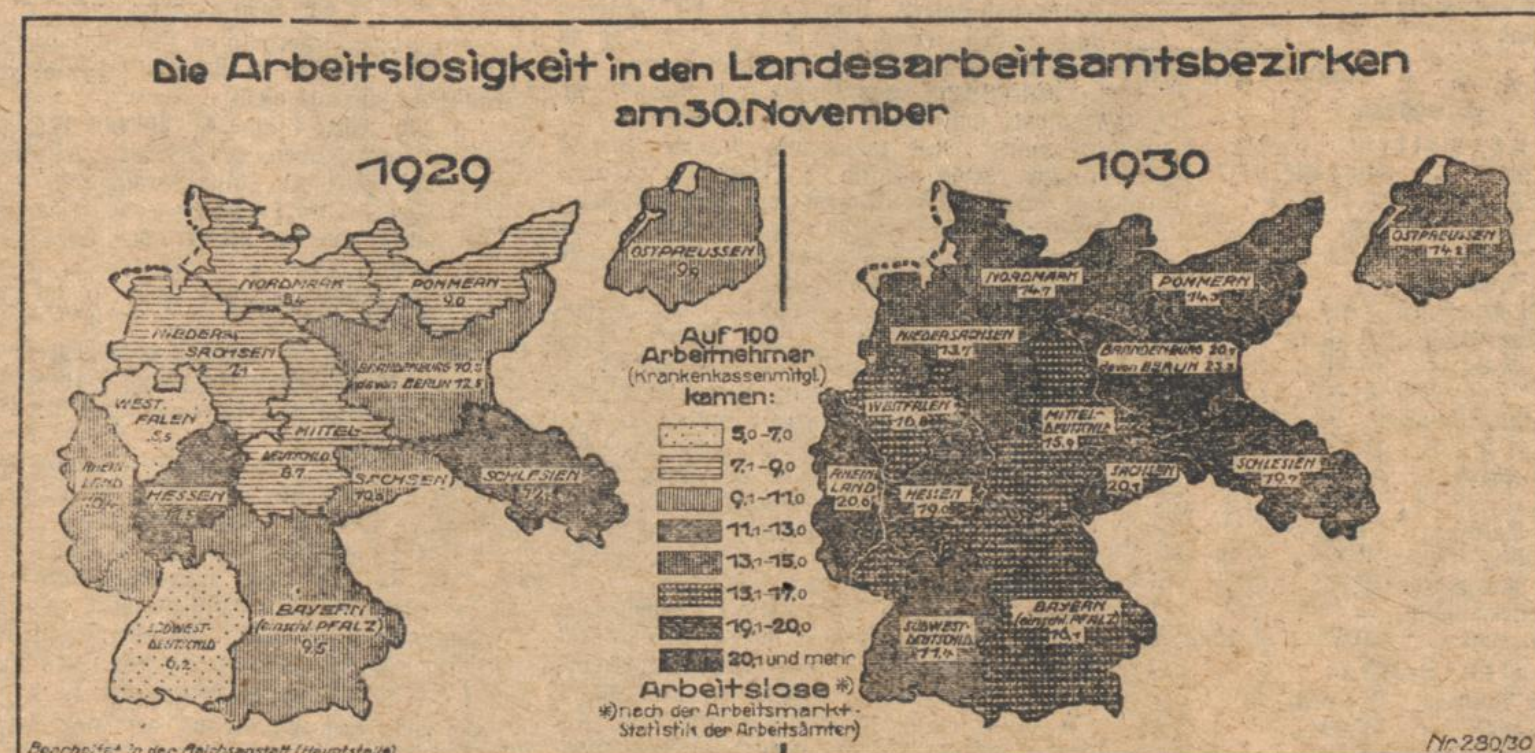
Der Bezug der Krisenfürsorge erfolgte bisher in Anlehnung an die Bestimmungen für den Bezug der allgemeinen Arbeitslosenunterfügung. Durch die Verordnung vom 11. Oktober 1930 und durch einen Erlass vom gleichen Tage über den Personenkreis und die Dauer der Krisenfürsorge ist eine wesentliche Umgestaltung des bis zum 3. November gültigen Rechtes auf Ge-

die Hausangehörigen, bis auf einige bestimmte Berufsgruppen, ausgeschlossen.

Die Zulassung der Berufe sieht aber auch Einschränkungen hinsichtlich bestimmter Berufsgruppen, Unterscheidungen zwischen Verheirateten und Ledigen, zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten vor. Die endgültige Entscheidung darüber liegt in der Hand des Landesarbeitsamtspräsidenten.

nen Auslaufstrifen verschoben worden.

Wahgebend für die Höhe der Krisenunterfügung ist die Arbeitslosenversicherung, wie sie der Unterfügungsempfänger auf Grund der Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erhalten hat. Durch die ge-



währung der Krisenunterfügung zu verzeichnen. Nachfolgend werden die wichtigsten Aenderungen genannt.

Personenkreis:

In Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern ist die Krisenunterfügung ohne besondere Zulassung den Angehörigen aller Berufsgruppen zu gewähren. Für die übrigen Teile ihres Bezirks sind die Vorstehenden der Landesarbeitsämter ermächtigt, für bestimmte Teile des Bezirks oder für bestimmte Berufsgruppen die Gewährung der Krisenunterfügung zuzulassen, soweit ein Bedürfnis dafür besteht. Bei Prüfung der Bedürftigkeitsfrage sollen die Verhältnisse der einzelnen Gemeinden berücksichtigt werden.

Krisenunterfügung erhalten nur Arbeitslose, die den Anspruch auf Arbeitslosenunterfügung erschöpft haben (Zusgesteuerte).

Diejenigen Arbeitslosen, die bisher Krisenunterfügung bekommen konnten, wenn sie wenigstens 13 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hatten, werden jetzt nicht mehr von der Krisenfürsorge erfasst. Sie müssen sich an die Wohlfahrtsbehörden wegen Zahlung der Wohlfahrtsarbeitslosenunterfügung wenden. Von dem Bezug der Krisenunterfügung sind in allen Fällen außer den Arbeitslosen unter 21 Jahren die Angehörigen der Gruppe Landwirtschaft und

Weiterhin spielt bei der Gewährung der Unterfügung im Gegenfall zur Arbeitslosenunterfügung die Bedürftigkeitsfrage eine große Rolle. Bei Prüfung der Bedürftigkeit ist unter anderem nicht nur das Einkommen des Arbeitslosen, sondern auch das seiner Angehörigen zu berücksichtigen.

Anrechnungsfrei sind 1. Unterfügungen, die auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezogen werden, 2. Aufwandsentschädigungen, die für die Ausübung öffentlicher Ehrenämter gewährt werden, insoweit, als sie die tatsächlichen Mehraufwendungen nicht übersteigen, 3. Leistungen der Wochenhilfe, 4. Uebergangsgrenze nach der Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufsstrantheiten vom 11. Februar 1929, 5. Pflegezulage, Führerzulage und Zulage nach dem Reichsversorgungsgesetz und Pflegegeld aus der Unfallversicherung, 6. Leistungen der öffentlichen Fürsorge auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht.

Bezugsdauer:

Der Reichsarbeitsminister hat sich soeben damit einverstanden erklärt, daß für Arbeitslose, die sich am 3. November 1930 in der Krisenfürsorge befanden, die frühere Höchstbezugsdauer von 39 oder 52 Wochen bis zum 28. März 1931 weiter gilt.

Auf diesen Zeitpunkt sind die für den 17. und 24. Januar 1931 vorgeschriebene

nannte Verordnung ist trotz Gegenwirkung der Sozialdemokratie eine Verleügerung insofern eingetreten, als jetzt für die Krisenfürsorge nicht mehr die Sätze der gleichen Lohnklasse zugrunde gelegt werden. Arbeitslose mit mindestens einem zuschlagsberechtigten Angehörigen erhalten statt der Sätze der Lohnklasse 6 die der Klasse 5, statt der Sätze der Lohnklassen 7 und 8 die der Klasse 6, statt der Sätze der Lohnklassen 9 bis 11 die der Klasse 7. Diese Bestimmungen gelten auch entsprechend für die Berechnung der familienzuschläge. Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige erhalten statt der Sätze der Lohnklasse 5 die der Klasse 4 und in den übrigen Klassen jeweils die nächst niedrigere als die der Verheirateten.

Schlussbemerkungen:

Die neuen Berechnungsmodalitäten gelten nicht nur für die Arbeitslosen, die nach dem Inkrafttreten der Verordnung, das ist der 3. November 1930, unterfügungsberechtigt geworden sind, sondern auch für alle Arbeitslosen, die bereits vor diesem Zeitpunkt unterfügungsberechtigt waren. Die Krisenfürsorge wird also, dank dem Bürgerblock, für einen Teil der Unterfügungsempfänger eine Herabsetzung sowohl in der Höhe wie auch in der Dauer der Zahlung Versicherungen gebracht haben. Durch die Einbeziehung weiterer Berufsgruppen in den Kreis der Unterfügungsempfänger ist auf der anderen Seite einem Teile Arbeitsloser die Möglichkeit zum Bezug der Krisenunterfügung gegeben.